

Die Wirtschaftskrise und das Elend der Ökonomie

Eine Wissenschaft kann kaum gründlicher scheitern als die Wirtschaftswissenschaft in der gegenwärtigen Krise. Hier hat sich bestätigt, wie wenig diese Wissenschaft in ihrer derzeitigen Verfassung zum Verständnis der drängendsten gesamtwirtschaftlichen Probleme beitragen kann. Noch schmerzlicher aber ist die wissenschaftliche Orientierungslosigkeit in der praktischen Krisenbewältigung und -vorbeugung. Vor allem dadurch ist die wissenschaftshistorische Diagnose vom „Elend der Ökonomie“ auch für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar geworden.¹

Schon immer weltfremd war eine Wirtschaftswissenschaft, die Wirtschaftsprozesse wirklichkeitsnah abbilden zu können glaubte, indem sie sich mathematischen Formelwerks bediente. Als ebenso weltfremd hat die Krise eine Ideologie bloßgestellt, die aus solcher formelhaften Darstellung auf Krisenfreiheit der Markprozesse schloss. Dies ist nicht nur weltfremd, sondern es trägt auch dazu bei, dass Staaten und Zentralbanken es an langfristiger Krisenprävention fehlen lassen.

Die Kehrseite dieses stabilitätspolitischen Versagens ist das Versagen der wirtschaftswissenschaftlichen Prognostik. Wäre die gegenwärtige Krise mit den etablierten Methoden wenigstens in groben Umrissen prognostizierbar gewesen, hätte sich die einschlägige Wissenschaft noch halb-

wegs legitimiert fühlen können. Eine solche Vorhersage konnte aber nicht einmal ansatzweise gelingen.² Der Wirtschaftswissenschaft ging es daher mit der Prognostik nicht anders als mit ihren Politikempfehlungen. In beidem waren ihre Aussagen schon immer nur dann halbwegs fundiert, wenn die Wirtschaft sich von allein einigermaßen stetig entwickelte, wenn es also auf wissenschaftliche Prognosen und Politikempfehlungen nicht wirklich ankam. Dass unter diesen Umständen das gesellschaftliche Renommee von Wirtschaftswissenschaftlern erodiert ist, kann nicht verwundern.

Natürlich konnte die etablierte Wirtschaftswissenschaft sich gegen die Krise nicht ganz und gar immunisieren. Was sie in der Krise aufbot, war indessen nichts anderes als eine - zähneknirschende - Renaissance des Keynesianismus. Die meinungsführende Ökonomenmehrheit griff damit auf jahrzehntelang verschmähte Krisenbewältigungskonzepte zurück, bekannte sich also zur Notwendigkeit staatlicher Interventionen, die jahrzehntelang als schädlich oder zumindest als nutzlos gegolten hatten. Auch dieser Rückgriff auf alte wirtschaftspolitische Denkweisen war aber alles andere als ein wissenschaftlicher Fortschritt. Man leugnete damit nur die gültig gebliebene Einsicht, dass die keynesianischen Konzepte auf kurzfristigem politischem Denken beruhen, ähnlich wie die

¹ S. hierzu „Das Elend der Ökonomie“ (http://www.reformforum-neopolis.de/files/01elendder_k.pdf) im reformforum-neopolis.

² Siehe hierzu auch „Die Logik der Konjunkturprognosen“ im reformforum-neopolis (<http://www.reformforum-neopolis.de/files/konjunkturprognostik.pdf>).

Krise von kurzfristigem Denken der Wirtschaftsakteure herrührt. Eine schwere Wirtschaftskrise lässt sich eben nicht dadurch vermeiden, dass Staaten sich in eine schwere Schuldenkrise stürzen, und auch nicht dadurch, dass Zentralbanken die Geschäftsbanken mit Krediten überschütten, sondern sie lässt sich hiermit bestenfalls zeitlich strecken. Die Lösung liegt vielmehr erstens in einer Geldpolitik, die rasch und nachhaltig für ein stabilisierendes Realzinsniveau sorgt³, und sie läge zweitens in institutionellen Reformen, die auf Dauer eine zur Krisenvorbeugung hinreichende stabilitätspolitische Kompetenz schaffen.

Die Frage, wie sich ein Mehr an stabilitätspolitischer Kompetenz gewinnen ließe, könnte in die Zuständigkeit eines Wissenschaftszweiges fallen, der in Deutschland als Ordnungsökonomik bezeichnet wird. Insofern wäre ein Wiedererstarken dieses Wissenschaftszweiges in Forschung und Lehre Voraussetzung dafür, dass in Sachen Krisenprävention auch vom wissenschaftlichen Establishment wirklich neue Erkenntnisse gesucht und gefördert werden. Für solche Reformen stehen sicherlich die Chancen so lange schlecht, wie das gesellschaftliche Renommee der Wirtschaftswissenschaft insgesamt angeschlagen bleibt. Aber aus dem Tal des Imagetiefs kann die Wirtschaftswissenschaft sich nur befreien, wenn sie sich thematisch und inhaltlich grundlegend reformiert. Sie kann verlorenes Renommee nur zurückgewinnen, wenn sie sich z.B. als Ordnungsökonomik neu formiert und auf diesem Gebiet neue Problemlösungskonzepte glaubwürdig vertritt. Wenn dies geschähe, würde der derzeit

dominierende, also der mathematisch-formalistische Zweig der Ökonomie ganz von selbst auch politisch an Rückhalt verlieren und damit langsam aus seiner dominierenden Stellung verdrängt werden.

Auch eine wiedererstarke Ordnungsökonomik dürfte aber natürlich nicht in gleicher oder nicht einmal in ähnlicher Weise betrieben werden wie in der Vergangenheit. Sie sollte sich zwar weiter mit traditionellen Fragen befassen, Fragen insbesondere zur Wirkung wirtschaftlicher Anreize auf Märkten und in Institutionen, aber all dem müsste sie die Fragen voranstellen, wie künftig erstens das notwendige Mehr an wirtschafts- und speziell an stabilitätspolitischer Kompetenz gewonnen werden könnte und wie zweitens sichergestellt werden könnte, dass solche neue Kompetenz tatsächlich genutzt wird. Auch Letzteres wäre eine Frage der Institutionengestaltung. Eine zukunftsorientierte Ordnungsökonomik müsste also Institutionen konzipieren helfen, die für die Gewinnung, Erhaltung und Anwendung solchen Wissens zuständig sein könnten und die hierfür auch den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt erhielten. Nur so ließen sich wenigstens die wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Krisen wie die gegenwärtige künftig vermieden werden.

Institutionenmodelle, die diesen Anforderungen genügen, sind keine fernen Utopien. Sie lassen sich vielmehr mühelos aus dem Grundmodell neokratischer Staatsorganisation herleiten. Für kommende Wissenschaftlergenerationen wäre es daher ein lohnendes und vordringliches Ziel, auf eine Stärkung der Ordnungsökonomik mit Hilfe neokratischer Konzepte hinzuwirken.

06 – 2009

www.reformforum-neopolis.de

³ S. hierzu im reformforum-neopolis u.a. „Finanzmarktkrise – die Konzeptionsfehler der Geldpolitik“ (www.reformforum-neopolis.de/files/finanzmarktkrise_-_die_konzeptionsfehler_der_geldpolitik.pdf).